

Niederschrift

Gremium	Sitzung - K/004(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Kulturausschuss	Mittwoch, 06.10.2004	Dezernat für Kultur, Schule und Sport Am Krökentor 1	17:00Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Belehrung sachkundiger Einwohner
- 5 Übertragung des Soziokulturellen Zentrums "Volksbad Buckau",
Karl-Schmidt-Str. 56, an den Freien Träger Fraueninitiative
Magdeburg e.V. (Teilmaßnahme 18 des HKK).
Vorlage: DS0424/04
- 6 Anfrage des Theaters

- 7 Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: A0037/04
- 7.1 Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: A0037/04/2
- 7.2 Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: S0117/04
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Michael Heendorf

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Martin Hoffmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Eberhard Seifert

Stadtrat Alfred Westphal

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Stadtrat Michael Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Dagmar Drescher

Sachkundiger Einwohner Andreas Schumann

Sachkundiger Einwohner Gerhard Unger

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Kulturausschussvorsitzende, Herr Heendorf eröffnete die Beratung der Kulturausschusssitzung, begrüßte die Mitglieder, Gäste und sachkundigen Einwohner und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Frau Drescher, Herrn Schuhmann und Herrn Unger sind als sachkundige Einwohner vertreten.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Heendorf gab die Tagesordnung bekannt. Herr Dr. Koch bat darum, das Schreiben an Herrn Prof. Olbertz näher erläutern zu dürfen. Der Tagesordnung wurde zugestimmt.

3. Genehmigung der Niederschrift

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
5	0	2

4. Belehrung sachkundiger Einwohner

Herr Heendorf informierte die sachkundigen Einwohner, Frau Drescher von der PDS-Fraktion, Herr Schuhmann von der CDU-Fraktion und Herr Unger von der SPD-Fraktion über die Modalitäten der Arbeit des Kulturausschusses. Dementsprechend wurden die sachkundigen Einwohner gem. Landesgesetz von Sachsen-Anhalt der Gemeindeordnung gem. §31 belehrt (Auszüge sind verteilt worden).

5. Übertragung des Soziokulturellen Zentrums "Volksbad Buckau",
Karl-Schmidt-Str. 56, an den Freien Träger Fraueninitiative
Magdeburg e.V. (Teilmaßnahme 18 des HKK).
Vorlage: DS0424/04
-

Herr Dürre brachte die Drucksache ein. Ausgangspunkt der Drucksache ist der Stadtratsbeschluss HKK aus dem Jahr 2003 (Maßnahme 18), in dem die Übertragung des Volksbades Buckau an einen Freien Träger festgeschrieben wurde. Dieses wurde seitens der Verwaltung aufgearbeitet. Das Volksbad Buckau soll an den Verein „Fraueninitiative Magdeburg e.V.“ übertragen werden. Der Verein hat sich bereit erklärt, die Trägerschaft zu übernehmen. Es gab im Vorfeld auch Diskussionen mit anderen Vereinen. Ziel der Übertragung ist die Ausgliederung der Aufgaben, die im Volksbad Buckau wahrgenommen wurden. Das kulturelle Angebot soll auch weiterhin vorgehalten werden. Zugleich werden die Räumlichkeiten an den Freien Träger zur Nutzung übergeben, so dass die Angebote stadtteilbezogen soziokulturell weiter aufrecht erhalten werden können und die Nutzer und Vereine des Hauses weiterhin die Möglichkeit haben, ihr kulturelles Angebot wie bisher fortzuführen. Mit in die Übertragung eingeschlossen ist auch das Personal. Es handelt sich um 3 Mitarbeiterinnen, die im Volksbad Buckau arbeiten. Damit soll der Verein in die Lage versetzt werden, die Aufgaben zu bewältigen. Die Einsparung beträgt 2.700 €. Der Zuschuss, den der Verein dann noch erhalten wird (Ausgaben für Personal, Verwaltung des Gebäudes, Veranstaltungsabsicherung) beträgt 148.500 €. In der Drucksache befindet sich ebenfalls der Vertrag, der die o.g. Punkte regelt. Die Drucksache wurde mit dem Gleichstellungsamt, Liegenschaftsamt, Rechtsamt sowie dem FB 01, 02, 03 abgestimmt und ist dem Gesamtpersonalrat vorgelegt worden.

Auf Nachfragen von Herrn Heendorf, wer für die Instandhaltung zuständig ist, teilte Herr Dürre mit, dass der Verein dafür zuständig sei; hierfür erhält er auch entsprechende Gelder. Die Sanierung des Hauses selbst liegt weiterhin bei der Stadt und wird über das kommunale Gebäudemanagement geregelt.

Frau Meinecke ging auf den Beschlussvorschlag ein, der u. a. eine Zuwendung von 148.500 € ab 1.1.2005 beinhaltet. Sie geht davon aus, dass der Zuschuss variabel ist.

Herr Dürre teilte mit, dass die Satzung vom Verein schon modifiziert worden ist. Es gibt eine neue Version, die dann im Zuge der Unterzeichnung des Überlassungsvertrages auch Bestandteil des Vertrages wird. Eine aktuelle Fassung wird dann beigefügt. Die Ausreichung der Zuwendung ist nach dem Zuwendungsrecht geregelt. Der Verein muss jährlich einen Antrag einreichen, um entsprechende Zuwendungen erhalten zu können. Erst nach dem Beschluss im Stadtrat sollen Gespräche mit dem Personal bzw. mit dem Personalrat geführt werden.

Herr Dr. Kutschmann ging auf die im Vorfeld geführten Gespräche mit den anderen Vereinen ein. Er warf die Frage auf, ob es Probleme gibt.

Frau Brösicke erinnerte an ein Treffen mit den Vereinen und Verbänden in Volksbad Buckau, das in Anwesenheit des Kulturamtes stattgefunden hat. Soweit sie informiert ist, sind größere Probleme ausgeräumt worden.

Herr Dr. Buchmann ergänzte hierzu, dass die Bedenken, die seitens der Vereine vorgetragen wurden, inzwischen ausgeräumt worden sind.

Herr Stage sprach sich dafür aus, den Beschlusspunkt 4 der Drucksache zu ändern.

Herr Westphal verwies auf den Hauptnutzer des Gebäudes. Nach den Planungszeichnungen ist die Stadtbibliothek der hauptsächliche Nutzer. Es handelt sich also in erster Linie um eine Art Archiv der Stadtbibliothek. Und die Stadtbibliothek hat den Vorrang der Nutzungsbedingungen. Der Vertrag sollte daher noch nicht unterzeichnet werden. Im § 5 und 6 der Kostenübernahme steht nicht, dass die Betriebskosten des Hauses sofort nach Rechnungslegung zu bezahlen sind. Es ist nicht vereinbart worden, dass Abschlagraten an die Städtischen Werke gezahlt werden. Der Verein kann dieses nicht alles vorauslagen. Des Weiteren erwähnte er die Problematik der Hausmeistertätigkeiten.

Herr Dürre teilte diesbezüglich mit, dass die Kosten für die Hausmeistertätigkeiten bei der Gründung der KGM mit angegeben worden sind.

Herr Heendorf hinterfragte, ob diese Rechnungen separat erfolgen.

Herr Dürre teilte mit, dass es keine getrennten Zähler gibt.

Herr Westphal stellte weiterhin die Frage, ob es Sinn macht, ein saniertes Haus als Lager zu nutzen?

Herr Dr. Koch erläuterte, dass für Buckau ein Zentrum geschaffen werden sollte, welches in den Stadtteil ausstrahlt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass in der Stadtteilbibliothek nur eine relativ kleine Anzahl von Nutzern vorhanden war, so dass man es nicht mehr verantworten konnte, für die wenigen Entleiher allein die Stadtteilbibliothek zu öffnen. Deshalb musste diese Stadtteilbibliothek geschlossen werden.

Eine alternative Nutzung wäre dort jedoch sinnvoll und möglich. Diese ehemalige Bibliothek soll nicht leer stehen, sondern es muss erst einmal eine alternative Nutzung definiert werden. Wenn es gewünscht würde, kann mit der Fraueninitiative besprochen werden, ob die Bücher ausgelagert werden sollen.

Frau Meinecke teilte hierzu mit, dass in der Vergangenheit über die Problematik diskutiert wurde. Weil Buckau einer der wenigen Stadtteile ist, die Bevölkerungszuwachs haben, muss auch berücksichtigt werden, dass es sich wieder lohnen könne, die Bibliothek wieder zu aktivieren. Deshalb sollte erst einmal der gegenwärtige Zustand beibehalten werden.

Frau Brösike erklärte, dass das Volksbad Buckau durch die Fraueninitiative übernommen und mit dem Angebot der Fraueninitiative erweitert wird. Im Volksbad Buckau sind 3 Veranstaltungsräume für die Fraueninitiative vorhanden. Diese reichen im Prinzip nicht aus, denn die Veranstaltungen, die bisher stattgefunden haben sollen weitergeführt werden. Zusätzliche Angebote beinhalten auch zusätzliche Räume und 2,5 Stellen werden noch dazukommen. Es ist wenig Raum für Büros vorhanden. Der Buchbinderraum in der unteren Etage sollte unbedingt überdacht werden. Die Fraueninitiative hätte eine gute Nutzungsmöglichkeit dafür.

Herr Dr. Koch erklärte, dass in diesem Fall die Drucksache wieder zurückgezogen werden muss, da es dann eine andere Nutzungskonzeption geben wird. Er ging auf die Mehrkosten ein, die anfallen würden.

Herr Westphal sprach sich dafür aus, keine zusätzlichen Räume zu schaffen. Statt dessen sollen die vorhandenen Räume sinnvoll und optimal genutzt werden. Es wird in der Drucksache nicht aufgerechnet, welche Kosten in der Porsestraße eingespart werden. Mehrkosten können nicht akzeptiert werden.

Herr Westphal bittet darum, dass der Beigeordnete das Kulturamt anweist, mit dem zukünftigen Träger über alternative Nutzungskonzepte zu den jetzt als Bibliothekslager genutzten Räume im Hause nachzudenken und diese mit auf den Weg zu bringen. Des Weiteren gehört auch eine Alternativrechnung zur nicht mehr erfolgten Nutzung des Hauses in der Porsestraße dazu, auch wenn dieses Haus nicht zum Bereich Kultur gehört, sondern möglicherweise zum Gleichstellungsamt.

Herr Löhr machte deutlich, dass das Hauptproblem für ihn darin besteht, dass die Personalbefragung erst nach dem Stadtratsbeschluss erfolgen soll. Er würde gern wissen, inwieweit schon eine Tendenz erkennbar ist. Wie wird so eine Personalübernahme geplant?

Frau Riep brachte zum Ausdruck, dass es eine ablehnende Haltung gibt. Die Beschäftigten müssten möglicherweise über die Personalbörse in der Stadtverwaltung umgesetzt werden.

Herr Seifert warf die Frage auf, wie es dann mit der Arbeit im Volksbad Buckau weitergehen soll. Wie kann das bisherige soziokulturelle Angebot gesichert werden? Die Drucksache sollte zurückgezogen werden. Derartige Probleme müssten vorher geklärt sein.

Herr Heendorf nimmt Bezug auf die Äußerungen von Herrn Seifert und bestätigt, dass es eine Menge ungeklärter Fragen gibt, die nicht abschließend hier beraten bzw. schnell klärt werden können. Es stellt sich noch das Personalproblem. Eine Lösung ist ziemlich ungewiss, da die Drucksache nochmals zurückgestellt werden sollte.

Herr Dr. Koch machte darauf aufmerksam, dass demnächst Haushaltsberatungen stattfinden werden. Er wies grundsätzlich darauf hin, dass in anderen Städten Stadtteilkultureinrichtungen geschlossen werden. Er deutete an, dass es soweit kommen könnte, diese Einrichtung zur Disposition zu stellen. Eine entsprechende Diskussion hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben. Im Sinne der Stadtratsbeschlusslage wurde eine Perspektive für das Volksbad Buckau entwickelt. Die Übertragung an die Fraueninitiative ist auch ein Beitrag zur Sicherung dieser Stadtteilkultureinrichtung.

Herr Heendorf machte auf die noch offenen Fragen aufmerksam, die im Vorfeld noch beantwortet werden sollten.

Herr Seifert und Herr Westphal unterstützten die Auffassung von Herrn Heendorf. Es sollten weitere problemorientierte Gespräche geführt werden. Herr Westphal machte darauf aufmerksam, dass weitestgehend die gleichen Probleme wie schon vor Monaten bestehen.

Der Stadtrat hat eine Haushaltskonsolidierung beschlossen, aber keine für 2700 €. Es wird eine volle Einrichtung der Stadt beräumt und verkaufsbereit hinterlassen, nämlich

das Gebäude in der Porsestraße. Die Beschlussumsetzung ermöglicht den Verkauf bzw. die Vermietung. Diese Einnahmemöglichkeit ist in der Drucksache ebenfalls nicht dargestellt. Wenn 3 Beschäftigte in Personalpool kommen, damit 2700 € eingespart werden können, stimmt die Relation nicht.

Frau Meinecke ging auf den §5 ein. Auf der Seite 12 steht im ersten Abschnitt:
>> *gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei einem Widerspruch ... eine Kündigung nicht ausgeschlossen ist*<<. Das hat zur Konsequenz, dass die Beschäftigten, wenn in der Stadt keine Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist, gekündigt werden können. Sie stellte die Frage, welche Auffassung der Gesamtpersonalrates hierzu vertritt, der ja beteiligt wurde.

Frau Krüger wies nochmals auf den § 613 a hin und betonte, dass diese Angelegenheiten eigentlich im Vorfeld geklärt werden müssen.

Herr Heendorf regte an, die Drucksache zurückzustellen, um der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, die Probleme zu klären.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
6	0	1

6. Anfrage des Theaters

Herr Ruppert stellte eine Anfrage zur Lockerung der Entgeltordnung. Die Situation stellt sich so dar, dass es eine Entgeltordnung der ehemaligen Freien Kammerspiele gibt, die aus dem Jahr 2001 stammt. Seither gab es auch keine Entgelterhöhungen mehr. Es gibt eine neue Entgeltordnung aus dem Bereich des ehemaligen TdL, die im letzten Jahr in Kraft getreten ist. Probleme gibt es jetzt bei der Gestaltung einheitlicher Preise, beispielsweise für das Schauspiel – sowohl für das Opernhaus als auch für die Staatsbank. Es musste hier bereits in der Preisgestaltung vorgegriffen werden. Die Zielstellung der beiden Theater ist, zum 1.1.2006 in die Eigenbetriebsform überzugehen. Hierzu gibt es Anfang des Jahres eine Drucksache für den Stadtrat. Es gilt, bereits vor der Eigenbetriebsbildung in eine Flexibilisierungsform zu kommen. Die Preisgestaltung ist grundsätzlich in der Entgeltordnung in einer starren Form darstellt. Das breitere Veranstaltungsspektrum passt nicht in die Entgeltordnung hinein. Grundsätzlich besteht der Wunsch des Theaters, verantwortungsvoll mit der Preisgestaltung umzugehen. Einerseits gilt es, soziale Preise zu ermöglichen, andererseits aber die Eigeneinnahmen zu erhöhen. Benötigt wird ein Meinungsbild der Stadträte zur Preisgestaltung. Es wurde zunächst kein konkreter Antrag vorformuliert.

Herr Löhr verwies darauf, dass in der Vergangenheit versucht wurde, in allen Kulturbereichen sozialverträgliche Preise zu erreichen. Es gab moderate Anpassungen. Wenn sich allerdings Rahmenbedingungen ändern und beispielsweise vergleichbare Städte wie Halle und Dessau mehr finanzielle Unterstützung erhalten als Magdeburg entsteht eine komplizierte Situation. Eine neue Preisgestaltung würde vorschnell die

Kürzungen kompensieren. Das Potential wird jedoch für spätere Entwicklungen benötigt. Die Preiserhöhungen sollten daher noch aufgeschoben werden, um späteren Einsparungserfordernissen Rechnung tragen zu können. Erst zum 01.01.2006 wären solche Preiserhöhungen angemessen.

Frau Meinecke machte darauf aufmerksam, dass 2 Theater mit 2 verschiedenen Entgeltordnungen zusammengelegt worden sind. Sie hält es für zwingend notwendig, nunmehr umgehend eine einheitliche Entgeltordnung für das Theater zu erarbeiten. Das muss nicht automatisch eine Preiserhöhung bedeuten. Ziel ist es, Rechtssicherheit zu schaffen. Die Zuschauer könnten sich auf die Entgeltordnungen beziehen, die vom Stadtrat beschlossen wurde. Das Theater kann sie nicht eigenmächtig ändern. Deshalb ist es notwendig, dass eine neue Entgeltordnung erarbeitet wird.

Herr Westphal ging nochmals auf Möglichkeiten zur Flexibilisierung ein. In diesem Rahmen könnten bestimmte Rabatte gewährt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, bei bestimmten Stücken Entgelte zu minimieren, um mehr Zuschauer zu bekommen und damit mehr Einnahmen zu erhalten. Hier stellt sich die Frage, ob überhaupt eine durch den Stadtrat beschlossene Entgeltordnung für ein Städtisches Theater immer zwingend rechtlich erforderlich ist. Rechtlich könnte es auch zulässig sein, dass dem Theater ein allgemeiner Rahmen vorgegeben ist, der ein flexibles eigenständiges Handeln zulässt. Dies sollte geprüft werden.

Er bittet weiterhin dringend darum, darüber nachzudenken, ob nicht die Theaterstrukturdebatte fortgesetzt werden muss, um aktuelle Lösungsvorschläge zu finden.

Des Weiteren äußerte sich Herr Westphal zum Problem der Kosteneinsparung. Wenn bei Beibehaltung des derzeitigen finanziellen Niveaus ein inhaltlich erweitertes und qualitativ verbessertes Programm gestaltet wird, wäre dies ebenfalls eine ökonomische Einsparung. Herr Westphal spricht sich dafür aus, dass den Theatern mehr Flexibilität eingeräumt wird, um am Kulturmarkt erfolgreich tätig zu sein.

Herr Heendorf machte den Vorschlag, dass seitens der Verwaltung geprüft werden soll, in wieweit die Entgeltordnung zwingend erforderlich ist und welche Regelungen zwingend durch den Stadtrat festgelegt werden müssen. Auch die Frage der Rechtssicherheit sollte geklärt werden. Die Problematik sollte nochmals in einer der nächsten Sitzungen erörtert werden.

Herr Dr. Koch erwähnte diesbezüglich, dass die Rechtssicherheit für die Entgelte durch das kommunale Recht – Satzung - geschaffen wird. Von daher ist keine andere Möglichkeit vorhanden. Aus seiner Sicht wäre dem Anliegen der Theater bereits entsprochen, wenn die bestehende Regelung zu Sonderveranstaltungen großzügig ausgelegt wird. Im Sinne der heutigen Diskussion kann den Theatern auch noch mehr Eigenverantwortung bei der Entgeltgestaltung übertragen werden.

Herr Westphal regt an, einen entsprechenden Freizügigkeitsparagrafen in die Satzung aufzunehmen, der diesen Freiraum ermöglicht. Ein diesbezüglicher Antrag könnte vom Kulturausschuss unterbreitet werden.

Herr Dr. Kutschmann spricht sich ebenfalls für eine größere Eigenständigkeit der Theater aus.

In der weiteren Diskussion wurden die Vorschläge auch von Herrn Seifert und Herrn Schmidt unterstützt.

Herr Heendorf bat darum, dass das Theater einen entsprechenden Antrag vorbereitet und auf den Weg bringt.

7. Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: A0037/04

Herr Westphal bittet als Einbringer dieses Antrages darum, diesen von der Tagesordnung zurückzuziehen.

Herr Heendorf zieht ebenfalls den Antrag der PDS zurück.

Herr Westphal schlägt vor, dass ein neuer gemeinsamer Antrag PDS und Bündnis90/Grüne zu dieser Problematik eingebracht wird.

7.1. Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: A0037/04/2

Antrag wurde zurückgezogen.

7.2. Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: S0117/04

Stellungnahme wurde zurückgezogen.

8. Verschiedenes

Herr Dr. Koch informierte über einen Brief an den Kultusminister. Er erwähnte, dass auch der Landtagsausschuss für Kultur und Medien seitens des OB auf Benachteiligungen von Magdeburg bei der Landesförderung hingewiesen wurde, die nicht nur die Theaterförderung, sondern auch andere Bereiche (Schule usw.) betreffen. Es gibt erhebliche Differenzen zwischen der Förderung anderer Städte. Insbesondere zwischen Halle und Magdeburg gibt es deutliche Unterschiede. Im Antwortschreiben

des Landtagsausschusses für Kultur und Medien wird auf das Ministerium zurückverwiesen. Vom Land gibt es nur eine Stellungnahme, die in der Sache nicht weiter hilft.

Herr Dr. Koch ging auf die Genese der Problematik ein. Am 22.09.04 wurde die 6%tige Kürzung bei der Theaterförderung bekannt gegeben. Zwischendurch gab es keinerlei Verhandlungen. Die Einsparungen müssten im Personalbereich erfolgen und sind problematisch, da Kündigungen kurzfristig nicht umsetzbar sind. Auch wenn man jetzt kündigen würde, wären damit Abfindungen in Größenordnungen verbunden. Haustarife würden auch nicht sofort greifen. Es würden zunächst Aufwüchse entstehen. Dr. Koch bedauert, dass vom Land keine Verhandlungen geführt worden sind.

Herr Heendorf ergänzte, dass sich die Fördervereine selbst an den Kultusminister wenden werden.

Frau Meinecke unterbreitete den Vorschlag, dass der Kulturausschuss sich an den Ausschuss für Kultur und Medien des Landes wenden sollte. Auch die einzelnen Fraktionen müssten auf die Theaterproblematik aufmerksam gemacht werden. Der KA könnte zu einem Gespräch einladen.

Herr Löhr brachte zum Ausdruck, dass die Ignoranz des Landes ihn mit Zorn erfüllt. Mitten in der Saison können Tarifverträge nicht verändert werden. Er hat den Eindruck, dass man die Stadt Magdeburg zwingen möchte, die Aufwüchse die zweifellos dadurch zu erwarten wären, zu tragen. Ein Zahlenvergleich ergibt, dass der städtische Anteil für Magdeburg 66,2%, für Halle 61% und für Dessau 52,8% beträgt. Eine Gegenfinanzierung aus anderen Bereichen ist kaum denkbar.

Herr Westphal vertrat die Auffassung, dass nach konstruktiven Lösungen gesucht werden muss. Es sollten lösungsorientierte Gespräche geführt werden.

Herr Wellemeier erläuterte, dass sensibel mit dem Finanzierungsproblem umgegangen werden muss. Er ist sehr betroffen, dass derzeit keine erkennbare Aussicht besteht, vom Land die erforderliche finanzielle Unterstützung zu erhalten. Er ist für sinnvolle Sparmaßnahmen und wird versuchen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

Herr Seifert empfiehlt, dass der Kulturausschuss sich an den Ausschuss für Kultur und Medien des Landtages wendet, um gemeinsam nach Lösungen für die Theaterproblematik zu suchen. Der Landtagsausschuss könnte darauf hinwirken, dass eine ausreichende Theaterfinanzierung gesichert wird.

Herr Dr. Koch betonte die Bedeutung, die das Theater für die Identität einer Stadt besitzt. Kürzungen führen zu Einschnitten und werden dem kulturellen Anspruch nicht gerecht. Er regte an, die Problematik auf einer Sondersitzung des KA eingehend zu erörtern.

Als Termin für die Sondersitzung wurde der 23.10.04 vorgesehen (Ort: Büro des BG IV).

Herr Heendorf bedankte sich bei den Mitgliedern des Kulturausschusses und beendete die Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Michael Heendorf
Vorsitzende/r

Silvia Hertel
Schriftführer/in